

Frankreich

FRANÇOISE DE LA SERRE/CHRISTIAN LEQUESNE

Eine doppelte Herausforderung prägt die Europapolitik Frankreichs: zum einen die Gestaltung der Gemeinschaftspolitik und die Vorbereitung auf 1993, zum anderen die Auseinandersetzung mit den Folgen der deutschen Einigung und des Wandels in Osteuropa für die westeuropäische Integration und die künftige Entwicklung des Kontinents. Den Hintergrund bildet das französische Anliegen, die EG-Integration zu vertiefen, indem die Entwicklung zur Europäischen Union neu in Schwung gebracht wird.

Die Europadebatte innerhalb der Regierung und der Parteien

Die Europapolitik strapazierte im vergangenen Jahr den Regierungszusammenhalt. Europaministerin Edith Cresson – seit langem wegen der wirtschaftlichen Dominanz Japans alarmiert und entschiedene Befürworterin einer wirksamen Industriepolitik – wünschte, daß Paris in der Gemeinschaft stärker für eine strikte Politik der Importquoten für japanische Autos eintrete. Ihre Haltung entsprach den Erwartungen von Peugeot-Chef Jacques Calvet¹. Premierminister Michel Rocard schien dagegen eher geneigt, die in dieser Frage liberalere Position von Industrieminister Roger Fauroux zu unterstützen. Daraufhin trat Edith Cresson im Oktober 1990 zurück; öffentlich kritisierte sie das Fehlen einer französischen Industriepolitik gegenüber Staaten, die einen "ökonomischen Weltkrieg"² führen. Elisabeth Guigou nahm am 31. Oktober ihren Platz ein. Als hohe Beamtin – seit 1982 Beraterin von Präsident Mitterrand, seit 1984 vor allem mit EG-Angelegenheiten betraut – hat Elisabeth Guigou nie ein Wählermandat innegehabt. Als Schlüsselfigur während der französischen EG-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 1989 hatte sie die Gruppe hoher Beamter geleitet, die Fragen und Probleme im Zusammenhang mit der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion prüfen sollte³.

Innerhalb der Parteien haben die Perspektive der beiden Regierungskonferenzen und die Umwälzungen in Osteuropa eine Diskussion über das Thema "Vertiefung" oder "Erweiterung" der EG ausgelöst. Hinzu kommt die Debatte über die französische Identität in einem Europa auf dem Wege der Föderalisierung.

Im rechten Spektrum zeigen sich Liberal-Zentristen (UDF, CDS) und Gaullisten (RPR) geteilter Meinung in der Frage nach Vertiefung oder Erweiterung. Während erstere (v. a. Valéry Giscard d'Estaing, Pierre Méhaignerie) die Beschleunigung der wirtschaftlichen und institutionellen Integration unterstützen, setzen sich letztere (v. a. Charles Pasqua und Philippe Séguin) für eine Erweite-

rung der EG nach Osteuropa ein. Diese paneuropäische Option, die an Thesen von Margaret Thatcher erinnert, ist jedoch innerhalb der RPR umstritten: Selbst Jacques Chirac und sein ehemaliger Wirtschaftsminister Edouard Balladur halten sie für etwas übertrieben. Die Position Pasquas und Séguins beeinflusste jedoch stark das Manifest "Für die Union der Staaten Europas", das der RPR-Nationalrat am 5. Dezember 1990 verabschiedete⁴. Dieses Signal zugunsten eines intergouvernementalen Europa steht im Zusammenhang mit dem Bemühen, ein Abwandern der konservativsten RPR-Wähler zur rechtsextremen Front National zu verhindern. Die Radikalisierung der RPR im Hinblick auf die europäische Integration war einer der Gründe für den Abbruch der Gespräche im Rahmen der "Union pour la France" (UPF) am 8. November 1990; dieses gemeinsame Forum von UDF und RPR war wenige Monate zuvor eingerichtet worden, um die Kräfte der Opposition zu mobilisieren. Im Dezember 1990 schlug Balladur daraufhin Abgeordneten verschiedener Oppositionsparteien ein Treffen vor, um die umstrittenen Aspekte der europäischen Einigung zu klären⁵. Giscard d'Estaing untersagte jedoch den UDF-Abgeordneten Alain Lamassoure und Philippe Vasseur offiziell die Teilnahme. Die CDS-Abgeordneten Bernard Bosson und Edmond Alphandéry wurden von ihrer Parteiführung getadelt, da sie auf Balladurs Angebot positiv reagiert hatten⁶.

In der Sozialistischen Partei (PS) ging der Verabschiedung einer Erklärung über die Zukunft der EG am 21. November 1990 ebenfalls eine interne Debatte voraus. In der von Rocard-Anhänger Gérard Fuchs vorgeschlagenen Erklärung wird betont, daß die Stärkung der Gemeinschaft, als "hartem Kern" Europas, intern die Einführung einer gemeinsamen Sozial-, Wirtschafts- und Währungspolitik und auf internationaler Ebene eine gestärkte Position voraussetzt. Wenn dies auch eine Erweiterung in naher Zukunft ausschließe, dürfe die Gemeinschaft potentiellen Beitrittskandidaten gegenüber jedoch nicht verschlossen bleiben; es gelte, angemessene Formen der Assoziation zu finden⁷. Die Anhänger des damaligen Verteidigungsministers Jean-Pierre Chevènement, organisiert in der Gruppe "Sozialismus und Republik", nahmen an der Abstimmung nicht teil, da in der Erklärung auch eine Wirtschafts- und Währungsunion befürwortet werde, die keiner ausreichenden demokratischen Kontrolle unterworfen sei. Als Erben der sozial-jakobinischen Tradition wollen sie verhindern, daß Europa den Nationalstaat absorbiert, der in seiner Geschichte ein Freiheitsideal verkörpere und dessen Leistungsfähigkeit und Möglichkeiten noch lange nicht erschöpft seien⁸. Ihre positive Haltung gegenüber einer raschen Erweiterung der Gemeinschaft nach Osteuropa schließt an den Thatcher-Gedanken an, daß eine Erweiterung den Integrationsprozeß abschwäche.

Binnenmarkt, Steuern, Beihilfen, Agrarpreise

Frankreich hat 1990 im Rahmen des EWS eine restriktive Geldpolitik verfolgt, die sich in der Kontrolle der Inflation (die Verbraucherpreise stiegen um knapp 3%), einem Wachstum um 3,1%, aber auch in der Schwierigkeit äußerte, die Arbeits-

losigkeit einzudämmen. Frankreichs Bindung an eine Politik der "kompetitiven Desinflation" hat dem Land das Lob der OECD-Experten eingebracht⁹. Die Umsetzung der Binnenmarkt-Richtlinien verbesserte sich 1990¹⁰. Dazu hat die Haltung des französischen Staatsrates gegenüber dem EG-Recht beigetragen. In der Logik des Urteils "Nicolo" vom 27. Oktober 1989, das den Vorrang einer internationalen Konvention vor einem späteren französischen Gesetz anerkennt¹¹, hat die Hohe Versammlung am 24. September 1990 ihr Urteil "Boisdet" gefällt: Es geht davon aus, daß ein französisches Gesetz die Anwendung einer EG-Regelung nicht behindern kann, selbst wenn es später beschlossen wurde¹².

Bei den indirekten Steuern stimmt Frankreich mit dem Kommissionsvorschlag vom 8. Mai 1990 überein, der die vorläufige Beibehaltung des Bestimmungslandprinzips bis zum 31. Dezember 1996 festlegt. Das Wirtschaftsministerium ließ im Mai 1991 wissen, daß der erhöhte Mehrwertsteuer-Satz, derzeit bei 22%, Anfang 1993 aufgehoben werde; für die betroffenen Güter gelte dann der Normalsatz von 18,6%¹³. Frankreich sei außerdem gegebenenfalls bereit, den Normalsatz am 1. Januar 1993 auf 15% herabzusetzen.

Bei den staatlichen Beihilfen hat die französische Regierung die 1988 begonnene Politik weiter verfolgt, sich zunehmend den Informationsverfahren der Kommission zu unterwerfen – auf die Gefahr hin, über die heikelsten Fälle verhandeln zu müssen. 1990 waren die meisten Entscheidungen der Generaldirektion IV zu französischen Dossiers positiv. Einige Fälle staatlicher Beihilfen wurden jedoch vor den Gerichtshof gebracht. Der EuGH bestätigte zum Beispiel im Februar 1990 den Kommissionsbeschluß vom Juli 1987, demzufolge die Textilgesellschaft Boussac Saint Frères Subventionen in Höhe von 338,5 Mio. Francs zurückzahlen muß¹⁴. Zur Wettbewerbspolitik: Die Fluggesellschaft Air France erhielt im Februar 1990 eine Beschwerdeschrift der Kommission wegen Mißbrauchs ihrer dominierenden Position, nachdem sie einer Umstrukturierung mit UTA, ihrer Filiale Aéromaritime und Air Inter (97% des innerfranzösischen Verkehrs) zugestimmt hatte. Nach Verhandlungen kam es im November 1990 zu einer Übereinkunft zwischen Kommissar Brittan, der französischen Regierung und Air France: Die EG genehmigte die Fusion – gegen die Verpflichtung, die Einführung des Wettbewerbs bei Binnen- und internationalen Fluglinien zu beschleunigen.

Frankreich hat sich als einziger EG-Mitgliedstaat enthalten, als am 27. April 1990 über das Agrarpreispaket abgestimmt wurde – obwohl ein Einfrieren der Preise, wie es die Kommission vorschlug, in Frankreich zu einer Preissteigerung von durchschnittlich 2% führt. Minister Henri Nallet wollte jedoch seine Unzufriedenheit mit der Weigerung des Rates ausdrücken, die Mitverantwortungssätze für Milch und Getreide zu reduzieren¹⁵. Wenn Frankreich auch das Prinzip einer progressiven Reduzierung der Agrarpreise um 30% bis 1996 (im Vergleich zu 1986) akzeptiert hat, so hat es doch darauf bestanden, daß das System der Importabschöpfungen und der Exporterstattungen beibehalten wird, um eine ausreichende Gemeinschaftspräferenz zu sichern. Die Vorstellungen von Kommissar Mac Sharry, die darauf abzielen, eine Reduzierung der Agrarpreise mit direkten Beihilfen für die leistungsschwächsten Landwirte zu verbinden, sind für Frank-

reich zwiespältig: Einerseits erscheinen sie angesichts des wachsenden Anteils des EAGFL/Garantie am EG-Haushalt gerechtfertigt (1991 Zuwachs von 15% gegenüber 1990); andererseits laufen sie den Interessen der leistungsfähigsten französischen Landwirte zuwider, vor allem der Getreideproduzenten, deren Exporte einen Überschuß in einer ansonsten defizitären Handelsbilanz darstellen.

Deutsche Einigung und Europäische Union

Nachdem die französische Regierung eine deutsche Einigung im Rahmen des Rechts auf Selbstbestimmung, der Prinzipien von Helsinki und der europäischen Integration begrüßt hatte¹⁶, schien ihre Haltung zum deutschen Problem Anfang 1990 eher zögerlich. Das Insistieren darauf, daß noch lange zwei deutsche Staaten bestehen würden, und die nachdrückliche Unterstützung der Polen in der Frage der deutsch-polnischen Grenze beeinträchtigten das deutsch-französische Verhältnis genauso wie die mangelnde Abstimmung des Einigungsprozesses mit Frankreich durch Bundeskanzler Kohl. Ein Zeichen der Verstimmung war, daß Frankreich – wie auch die Niederlande und Großbritannien – keine Bereitschaft zeigte, sich für die schon im November 1989 von Jacques Delors vorgebrachte Idee einer raschen Eingliederung der DDR in die Gemeinschaft zu engagieren. Wenig empfänglich für die Argumentation der Kommission, daß die DDR im Vergleich zu anderen offiziellen oder möglichen Beitrittskandidaten einen Sonderfall darstelle, hielt sich Frankreich zunächst an die vom Europäischen Rat in Straßburg vorgegebene Option: Verhandlungen mit der DDR über einen Handels- und Kooperationsabkommen¹⁷.

Zusicherungen der Bonner Politiker sowie die später im Rahmen der politischen Zusammenarbeit entwickelte effektive Konsultation und vor allem die Gewißheit einer beschleunigten Einigung nach den Wahlen in der DDR vom März 1990 haben die Situation nach und nach entspannt. Mit dem Plan der deutschen Wirtschafts- und Währungsunion ging die französische Diskussion zur Integration der DDR in die EG rasch vom Prinzipiellen zu den Modalitäten über. Während Außenminister Dumas zugestand, daß die Wahl zwischen Art. 23 und 146 GG allein deutsche Angelegenheit sei, erklärte er schon am 20. März, daß die Einigung einfacher sei, wenn die Länder der DDR in die Bundesrepublik integriert würden und nicht den Beitritt zur Gemeinschaft als 13. Staat anstrebten¹⁸. Wohl auch, um die deutsch-französischen Unstimmigkeiten zu beenden, bekundete Dumas zugleich seinen Willen, die Dinge voranzutreiben, die europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) anzugehen und weitere Schritte in Richtung Politische Union zu unternehmen. Mit dem Vorschlag, die Einberufung der Regierungskonferenz zur WWU vorzuziehen, knüpfte Paris wieder an die Politik der Parallelität zwischen europäischer und deutscher Einigung an. Die Rückkehr der französischen Diplomatie zur nahezu expliziten Verknüpfung beider Dimensionen zeigte sich in dem Vorschlag einer deutsch-französischen Initiative. In der Botschaft, die Kanzler Kohl und Präsident Mitterrand schließlich am 18.

April 1990 an ihre europäischen Kollegen richteten, werden Ziel, Verfahren und Terminplan vorgeschlagen, um dem Ausbau der EG neuen Schwung zu geben.

Die französische Position in den Regierungskonferenzen

Bei der Wirtschafts- und Währungsunion haben sich die von Paris verfolgten Ziele seit Beginn der Regierungskonferenz nicht geändert. Für Frankreich liegt das Endziel der WWU in einer gemeinsamen Währung, der ECU, und in einer Geldpolitik, die von einer europäischen Zentralbank ausgeht. Die französische Diskussion zur WWU konzentrierte sich zum einen auf den Zeitpunkt und die Modalitäten des Übergangs zur zweiten Phase, zum anderen auf die Stärkung der ECU. Frankreich zeigte sich erfreut über die Festlegung auf den 1. Januar 1994 für den Beginn der zweiten Phase der WWU und setzte alles daran, dies nicht von Vorbedingungen abhängig zu machen, etwa dem Beitritt aller Währungen zum Wechselkursmechanismus des EWS. In der zweiten Frage versuchten die Franzosen, den britischen Vorschlag, die ECU zu stärken, in den Maßnahmenkatalog für Phase 2 aufzunehmen – wobei sie allerdings zugleich am Endziel einer gemeinsamen Währung festhielten.

Finanzminister Bérégovoy hat sich ausführlich zu dem französischen Wunsch geäußert, daß das Europäische Zentralbanksystem (EZBS) im Laufe der zweiten Phase eingerichtet und der Übergang zur dritten Phase nicht über eine "vernünftige" Frist hinaus verschoben wird. Der Ministerrat bekräftigte seinerseits die Notwendigkeit paralleler Fortschritte von WWU und Politischer Union¹⁹ – wofür sich Paris besonders einsetzt. Frankreich befürwortet nachdrücklich den Gedanken einer "Wirtschaftsregierung", gestützt auf den Europäischen Rat und den Ministerrat, um sozusagen die Unabhängigkeit der künftigen Europäischen Zentralbank ein wenig auszugleichen. Die französischen Positionen finden sich in dem Vertragsentwurf zur WWU, den Paris Ende Januar 1991 vorlegte.

Bei der Politischen Union ist es das vielfach bekräftigte Ziel der französischen Regierung, zu einer einheitlichen Gemeinschaft mit föderaler Finalität zu gelangen, deren Institutionen im Rahmen ihrer Kompetenzen und unter Wahrung der Zuständigkeiten und der Rolle der Nationalstaaten agieren²⁰. Der qualitative Integrationssprung durch die Politische Union umfaßt in diesem Sinne die Ausdehnung der Kompetenzen der Gemeinschaft sowie den Übergang von der EPZ zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik – die Frage ist jedoch, mit welchen Inhalten, Modalitäten, Kompetenzen und Institutionen. Die gemeinsame Botschaft, die Kohl und Mitterrand am 6. Dezember 1990, kurz vor dem Europäischen Rat in Rom, an ihre Kollegen richteten, enthält hierzu erste Elemente einer Antwort. In ihren Bemühungen um eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik durch die Golf-Krise bestärkt, schlugen Kohl und Mitterrand vor, daß die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der künftigen Union das Ziel haben soll, "die wesentlichen Interessen und die gemeinsamen Werte der Union und ihrer Mitgliedstaaten zur Geltung zu bringen"²¹. Damit wird zugleich das Subsidiaritätsprinzip eingebracht, denn viele Probleme sind, wie Paris gerne betont,

weder wesentlich noch gemeinsam²². Zunächst könnten die Hauptbereiche der gemeinsamen Aktion der Union definiert werden: Ostpolitik, Weiterentwicklung der KSZE, Abrüstung, Mittelmeerpolitik. Die gemeinsame Sicherheitspolitik könne dagegen nur am Ende eines langen Prozesses in eine gemeinsame Verteidigungspolitik münden. Kurzfristig sehen Paris und Bonn vor, "eine klare organische Beziehung" zwischen der WEU und der Politischen Union herzustellen, im Vorgriff auf eine spätere Fusion. Die zentrale Rolle bei der Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik soll, aus Gründen der Effizienz, dem Europäischen Rat zukommen, der zu einem ständigen Organ würde. Das Entscheidungsverfahren könnte zweigeteilt sein: Einstimmigkeit für Prinzipien und Grundlinien, Mehrheitsvoten für weitere Beschlüsse zur Umsetzung.

Der Text der Botschaft läßt Rückschlüsse auf die tieferen Absichten der französischen Regierung zu. Ihre Position in der Regierungskonferenz stellt den Versuch dar, die beiden gegensätzlichen Ansätze zu vereinen, die die französische Europapolitik seit über 30 Jahren, aber auch die europäische Integration geprägt haben und die in der EEA verbunden wurden: der supranationale und der intergouvernementale Ansatz. In der Logik des ersteren liegen die Bestätigung der föderalen Finalität der Union, die Ausweitung der Kompetenzen, die Stärkung der demokratischen Legitimität des EG-Systems durch eine Erweiterung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments und die Schaffung einer europäischen Staatsbürgerschaft sowie eine gewisse Ausdehnung der Mehrheitsentscheidungen. Zum zweiten Ansatz zählen die institutionellen Neuerungen, die die Rolle des Europäischen Rates stärken. Wenn Mitterrand auch überzeugt ist, dies sei "sehr supranational", da die zwölf Staats- und Regierungschefs aus allgemeinen Wahlen hervorgehen²³, weicht diese Option doch wesentlich von der "Vergemeinschaftung" der Außenpolitik ab, für die die Kommission eintritt und die auch das belgische Memorandum vom Frühjahr 1990 inspirierte. Es scheint jedoch ausgeschlossen, daß die französische Regierung darauf verzichtet, den Europäischen Rat zum Eckstein der Europäischen Union zu machen.

Erweiterung der EG und künftige Architektur Europas

Das französische Engagement für die Europäische Union, wenn es auch nicht immer ganz unzweideutig ist, läßt im Gegensatz dazu den Mangel an Begeisterung für eine Erweiterung der Gemeinschaft deutlich werden. In dieser Hinsicht sind die französischen Positionen deutlich vorsichtiger als die von Margaret Thatcher bei ihrer Reise nach Prag oder von Helmut Kohl, der einen raschen Beitritt Österreichs zu wünschen und einen mittelfristigen Beitritt Ungarns in Betracht zu ziehen scheint. Paris verschanzt sich hinter der offiziellen Doktrin, daß die Vollendung des Binnenmarktes Vorrang habe: Die Gemeinschaft könne sich zur Zeit nicht erweitern ohne Aufweichung der Integration²⁴. Im Gegensatz zu bestimmten Kreisen in der RPR oder zu dem von Chevènement angeführten Flügel innerhalb der PS, der in der Erweiterung einen Schutz gegen die Entwicklung der supranationalen Integration sieht, bemüht sich die Regierung, neue

Beitritte so weit wie möglich hinauszuschieben. Sie unterstützt daher auch nach wie vor die Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraums. In den Beziehungen zu Mittel- und Osteuropa wird kurz- und mittelfristig ebenfalls ein Beitritt zur Gemeinschaft ausgeschlossen – was nicht bedeutet, daß sich Frankreich hier nicht engagiert. Im Gegenteil: Die französische Regierung war äußerst aktiv, sowohl bei der Durchführung des PHARE-Programms als auch bei Gemeinschaftsmaßnahmen; bei der Einrichtung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung spielte sie eine entscheidende Rolle. In der bilateralen Finanzhilfe (19 Mrd. FF) steht Paris an zweiter Stelle hinter Bonn. Bei der Gestaltung der Beziehungen zu dem 'neuen' Europa tritt Frankreich jedoch für Assoziierungsverträge auf der Grundlage von Art. 238 EWGV ein, die einen politischen Dialog einschließen. Frankreich hat sich im übrigen sowohl im Rahmen der Gruppe der 24 als auch auf Gemeinschaftsebene zum Fürsprecher der Länder gemacht, die weniger im deutschen Einflußgebiet liegen, wie etwa Rumänien. So war Paris dafür eingetreten, daß das auf Eis gelegte EG-Abkommen mit Rumänien Anfang 1991 in Kraft treten konnte.

In der schwierigen Auseinandersetzung über die Hilfe für die UdSSR befand sich Frankreich auf einer Linie mit Deutschland. Bonn und Paris – im Gegensatz zu London – verfolgten beide das Ziel, die Sowjetunion nicht zu marginalisieren und Gorbatschow zu unterstützen, in der Sorge, daß seine Schwächung nachteilig für die Demokratie sein könne²⁵. Mitterrand und Kohl konnten ihre Partner in der Gemeinschaft und in der Gruppe der Sieben überzeugen, Moskau eine umfassende Hilfe zu bewilligen, die auch durch die Ereignisse in den baltischen Republiken nicht dauerhaft in Frage gestellt wurde.

Diese punktuellen Aktionen und die Skizze einer Assoziierungspolitik können jedoch für Paris nicht die angemessene Antwort auf die Neuordnung des europäischen Raumes nach dem Kalten Krieg darstellen. Daher versuchte Mitterrand, seine am 31. Dezember 1989 vorgebrachte Vision einer großen "Europäischen Konföderation" zu konkretisieren. Die Idee bleibt jedoch nach wie vor vage. Die künftige Konföderation soll anscheinend ein Forum für alle europäischen Länder bilden. Sie soll mit politischen Strukturen nach intergouvernementalem Muster ausgestattet sein und die Europäer zu konkreten Programmen in Bereichen zusammenbringen, die eine multilaterale Lösung erfordern: Umwelt, Verkehr, Energie, Einwanderung²⁶. Dieser Ansatz wirft jedoch einige Probleme auf. Zum einen stellt sich die Frage nach der Einbeziehung von halb-europäischen, halb-asiatischen Ländern wie der Türkei und der UdSSR sowie der KSZE-Staaten USA und Kanada, die ihren Wunsch nach Teilnahme bekundeten. Mit der Erklärung, man wolle "unter Europäern" bleiben, schien die französische Regierung die Teilnahme der USA und Kanadas abzulehnen, die der UdSSR aber zu akzeptieren. Weder die osteuropäischen Länder noch die anderen EG-Mitglieder wollen jedoch die Brücken zu den USA abbrechen und sie von einer Organisation ausschließen, an der die UdSSR beteiligt ist. Zum anderen stellt sich – besonders im Blick auf die KSZE und den Europarat – das Problem der Verdopplung bestehender Institutionen und Strukturen. Werden diese Schwierigkeiten zu

bewältigen sein? In der Zwischenzeit läuft die französische Politik Gefahr, von den Hauptbetroffenen – den mittel- und osteuropäischen Ländern – als Verzögerungsmanöver wahrgenommen zu werden, um ihren EG-Beitritt hinauszuschieben, und nicht als großer Plan für die neue europäische Architektur²⁷.

Anmerkungen

Übersetzt aus dem Französischen von Anita Wolf, Forschungsgruppe Europa, Universität Mainz.

- 1 S. Le Monde v. 21. 9. 1990.
- 2 Le Monde v. 4. 10. 1990; s. auch das Interview mit Edith Cresson in: *Liberation* v. 3. 10. 1990.
- 3 S. Lequesne, Christian: Frankreich, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 1989/90*, Bonn 1990, S. 323.
- 4 S. Le Monde u. *Financial Times* v. 6. 12. 1990.
- 5 S. Le Figaro v. 18. 12. 1990 u. Le Monde v. 19. 12. 1990.
- 6 S. Le Monde v. 19. 11. 1990.
- 7 S. Le Monde v. 23. 11. 1990.
- 8 S. den Beitrag von Max Gallo, Mitglied von "Sozialismus und Republik", als Antwort auf Jacques Julliard in: *Le Nouvel Observateur* v. 2.–8. 8. 1990.
- 9 S. den OECD-Jahresbericht über Frankreich 1990; auch Le Monde v. 13. 4. 1990.
- 10 S. Lequesne, Christian/Vindel, Bruno: *L'administration française et le traitement des politiques communautaires. Evolutions depuis l'entrée en vigueur de l'Acte Unique Européen*, in: *Revue du Marché Commun*, Juni 1991.
- 11 S. Rapport Public du Conseil d'Etat, Paris, La Documentation Française 1990, S. 11 f.

- 12 S. Le Monde v. 3. 10. 1990.
- 13 S. Le Monde v. 31. 5. 1991.
- 14 S. Le Figaro v. 15. 2. 1990.
- 15 S. Le Monde v. 28. 4. 1990.
- 16 S. Schlußfolgerungen des Europäischen Rates in Straßburg, Dez. 1989, in: *Jahrbuch der Europäischen Integration 1989/90*.
- 17 S. Agence Europe v. 22. 1. 1990 u. Le Monde v. 23. 1. 1990; Lequesne, Christian: *La RDA et la Communauté européenne*, in: Ménudier, Henri (Hrsg.): *La RDA 1949–1990. Du stalinisme à la liberté*, Paris 1990.
- 18 S. Le Monde v. 21. 3. 1990.
- 19 S. Mitteilung des Ministerrates v. 5. 12. 1990 u. Le Monde v. 7. 12. 1990.
- 20 Regierungserklärung von Außenminister Dumas vor dem Senat am 27. 6. 1990.
- 21 Europa-Archiv 1 (1991), D 26 f.
- 22 Interview mit Roland Dumas, in: *Les Echos* v. 12. 12. 1990.
- 23 Presseerklärung nach dem Europäischen Rat in Rom v. 15. 12. 1990.
- 24 So Roland Dumas im Senat am 27. 6. 1990.
- 25 Gespräch mit Europaministerin Elisabeth Guigou in: *Politique internationale* 51 (1991).
- 26 Ebd.
- 27 S. La Serre, Françoise de: *The enlargement/deepening dilemma*, in: *Futures*, Sondernummer zur EG, 1991 (im Erscheinen).

Weiterführende Literatur

- Les Européens et leur destin, Gespräch mit Europaministerin Elisabeth Guigou, in: *Politique internationale* 51 (1991).
- La France dans le nouvel ordre européen, in: *Politique étrangère* 3 (1990) (Sondernummer).
- La France et l'Europe, in: *Les Cahiers Français* (La Documentation Française,

- Paris) 244 (1990).
- La Serre, Françoise de/Leruez, Jacques/Wallace, Helen: *Les politiques étrangères de la France et de la Grande-Bretagne. L'inévitable ajustement*, Paris/Oxford 1990.
- Yost, David S.: "Frankreich in einem neuen Umfeld", in: *Europa-Archiv* 23 (1990), S. 691–702.